

AfD



KOMMUNALWAHL 2018 Programm

TRAU DICH LÜBECK



**Am 6. Mai
wählen gehen!**

Inhalt

Trau Dich Lübeck!	Seite 3
Wirtschaft und Finanzen	Seite 4 - 5
Sicherheit und Ordnung	Seiten 5 - 6
Masseneinwanderung und Islamisierung	Seiten 7 - 9
Verkehr und Infrastruktur	Seiten 9 - 10
Bildung und Familie	Seiten 10 - 11
Kunst und Kultur	Seite 12
Bürgernahe Verwaltung - auch Dank Digitalisierung	Seite 13
Sie wollen mitmachen?	Seite 14

Herausgeber:

AfD Schleswig-Holstein
Stadtverband Lübeck
Postfach 108189
23530 Lübeck
Mail: info@afd-luebeck.de
<http://afd-luebeck.de>

TRAU DICH LÜBECK

Unser Lübeck ist eine schöne und liebenswürdige Hansestadt mit einem reichen Erbe aus einer großen Vergangenheit. Leider sind die Altparteien sehr erfolgreich dabei, dieses Erbe zu verspielen. Eine katastrophale Finanzlage, marode Infrastruktur und der zunehmende Verlust von Sicherheit und Ordnung sind nur einige Folgen von politischen Fehlentscheidungen auf allen Ebenen.

Was in Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik verpfuscht wurde, muss auch dort repariert werden. Dazu sind wir von der Alternative für Deutschland angetreten. Im Mai 2017 sind wir in den Landtag in Kiel eingezogen, seit September 2017 sind wir im Bundestag vertreten. Im Mai 2018 werden wir in die Lübecker Bürgerschaft einziehen, um dort den Dienst an unserer Stadt und unserer Heimat aufzunehmen.

Wir werden in der Lübecker Bürgerschaft konsequent für das Gemeinwohl arbeiten. Ideologische Zwänge und parteipolitischer Opportunismus sind uns fremd. Wir werden das Richtige tun, egal mit wem wir dazu in der Sache zusammenarbeiten müssen.

Den Altparteien sagen wir „Danke, es reicht!“ und allen anderen „Auf geht’s!“

Ihre AfD Lübeck

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Solide Finanzen sind die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Davon sind wir in Lübeck leider weit entfernt. Lübeck ist seit Jahren mit ca. 1,4 Milliarden Euro hoch verschuldet. Die Schulden wachsen trotz Niedrigzinsen und sprudelnder Steuereinnahmen weiter. Die Pro-Kopf-Verschuldung allein aus den Kreditverbindlichkeiten liegt seit Jahren bei über 6.000 EUR.

Dass es auch anders geht, beweisen Großstädte wie Braunschweig mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 453 EUR (2016). Auch für die Sanierung hochverschuldeter Großstädte gibt es Beispiele, von denen wir lernen können. So senkte Kassel die Pro-Kopf-Verschuldung um 45% von 5.882 EUR (2012) auf 3.235 EUR (2016).

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Von anderen lernen

Wir finden uns nicht mit der Überschuldung ab. Wir wollen, dass unsere Stadt wieder finanziell auf die Beine kommt. Dazu lernen wir aus den Erfolgsgeschichten anderer Städte und übernehmen deren Erfolgsrezepte.

Ein Finanzsenator für Lübeck

Wie jedes größere Unternehmen braucht auch Lübeck einen Finanzsenator. Die bisherige Personalunion mit dem Bürgermeisteramt lehnen wir strikt ab. Der wirtschaftliche Nutzen der Wiedereinrichtung des Postens eines Finanzsenators ist größer als damit verbundene Aufwendungen.

Wirtschaftsstandort Lübeck attraktiver gestalten

Profitable Unternehmen, die Steuern zahlen und Arbeitsplätze schaffen, sind die Grundlage gesunder städtischer Finanzen. Wir fördern deren Ansiedlung durch ein wirtschaftsfreundliches Klima und eine dienstleistungsorientierte Verwaltung mit zentralen Ansprechpartnern.

Gewerbesteuer senken

Eine maßvolle und stabile Abgabenbelastung ist ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Standortentscheidungen von Unternehmen. Wir streben eine fühlbare, nachhaltige Senkung der Gewerbesteuer an, um Lübecks Position im Standortwettbewerb zu verbessern.

Tourismus als Wirtschaftszweig fördern

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig für Lübeck. Wir möchten Lübeck als Standort für den Flug- und den Kreuzfahrttourismus aufwerten. Der Seehandel hat Lübeck groß gemacht und der Hafenbetrieb ist immer noch von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Wir wollen den Hafenstandort Lübeck erhalten und stärken. Dazu wollen wir die städtische Beteiligung an der LHG erhalten.

Tierheime finanziell stärken

Wir möchten, dass der Tierschutz einen höheren Stellenwert in der Kommunalpolitik bekommt. Dazu soll das Tierheim mit einem deutlich höheren Anteil als bisher finanziert werden.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Die Wahrung der öffentlichen Sicherheit ist die wichtigste Aufgabe der Politik. Die Sicherheitslage in Lübeck ist schlecht. Wenn man die Straftaten je 100.000 Einwohner im Jahr 2016 vergleicht, gehört Lübeck mit 11.860 Straftaten zu den 25 am stärksten mit Kriminalität belasteten Großstädten in Deutschland.

In München z.B. sind es dagegen nur 7.909 Straftaten. Wenn die Kriminalitätsbelastung in Lübeck 50% größer ist als in München und anderswo, dann gibt es keinen Grund für die Lübecker Polizei, Justiz und Politik, mit sich selbst zufrieden zu sein. Sogar Kiel steht mit 10.519 Straftaten etwas besser da als die Hansestadt Lübeck.

Leider verschlechtert sich die Sicherheitslage weiter. So stiegen von 2015 auf 2016 die Sexualdelikte um 50%, Drogenkriminalität um 55%, die Fälle von schwerer Körperverletzung auf offener Straße um 25% und die Fälle von Straßenraub um 16%. Verstöße gegen das Asyl- und Aufenthaltsrecht stiegen um 160% an.

Es gibt also Gründe genug, kommunale Sicherheitspolitik anders und besser zu machen. Andere Städte wie z.B. München machen es vor. Wir sehen uns diese Erfolgsgeschichten genau an. Was funktioniert, übernehmen wir. Für uns zählen tatsächliche Erfolge und nicht ideologische Befindlichkeiten.

Wir setzen uns für eine bürgerfreundliche Anwendung des geltenden Waffenrechts ein. Die Stigmatisierung von Waffenbesitzern lehnen wir ab.

Polizei muss sichtbar sein

Wir setzen uns ein für mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Gemeinsam mit der Lübecker Polizei wollen wir ein Konzept für eine verstärkte Bestreifung von Kriminalitätsbrennpunkten erreichen.

Videoüberwachung verstärken

Wir setzen uns ein für die Video-Überwachung von Kriminalitätsbrennpunkten. Videoüberwachung schreckt Täter ab und erleichtert die Aufklärung von Straftaten.

Mehr Licht erzeugt mehr Sicherheit

Wir setzen uns ein für städtebauliche Präventionsmaßnahmen, insbesondere für eine bessere Beleuchtung des öffentlichen Raums.

Verwahrlosung der Stadt entgegenwirken

Die Verwahrlosung des öffentlichen Raums schafft ein Klima von Rechtsfreiheit und ermutigt zu weiteren Straftaten. Wir setzen uns ein für gepflegte Grünanlagen und die Bekämpfung von Vandalismus, Graffiti und Vermüllung.

Konsequent bestrafen, Opferschutz stärken

Eine konsequente Anwendung des Strafrechts ist entscheidend für die Sicherheitslage. Wir setzen uns für angemessene Urteile ein und wollen den Opferschutz stärken.

Ältere Menschen vor Kriminellen schützen

Alte Menschen sind besonders schutzbedürftig. Wir setzen uns ein für eine umfassende kriminalpräventive Beratung dieser Gruppe zum Schutz vor Straftaten wie z.B. dem Enkeltrick-Betrug.

MASSENEINWANDERUNG UND ISLAMISIERUNG

Mit der Öffnung der deutschen Grenzen im September 2015 haben die Altparteien unter Bruch deutschen und europäischen Rechts einen beispiellosen Massenandrang von überwiegend jungen, muslimischen Männern nach Deutschland ausgelöst.

Die Altparteien verharren im Rechtsbruch und sind entschlossen, die illegale Masseneinwanderung durch Familiennachzug noch auszuweiten und dauerhaft zu machen. Der Wunsch, anderen Menschen in Not und Gefahr zu helfen, ist ehrenhaft. Er ist aber kein Freibrief, ein Gemeinwesen durch kulturfremde Masseneinwanderung zu zerstören. Er berechtigt nicht, offensichtliche Tatsachen auszublenden oder gar zu leugnen.

Die Versorgung eines Flüchtlings in Deutschland kostet ca. 1000 EUR pro Monat, in der Türkei ca. 87 EUR pro Monat. Wer einen Flüchtling nach Deutschland holt, könnte auch 11 Flüchtlingen z. B. in der Türkei oder anderen muslimisch geprägten Ländern in unmittelbarer Nähe zum Heimatland oder annähernd gleicher kultureller Prägung helfen. Das wäre wesentlich humaner als die gegenwärtige Verfahrensweise.

Leider sind nicht nur Flüchtlinge gekommen, sondern auch andere, die sich als Flüchtlinge ausgeben. So wurde allein 2017 in 38,5% aller Asylentscheidungen eine Ablehnung wegen unbegründeten Antrags ausgesprochen.

Im Zuge der Flüchtlingskrise kamen auch Verbrecher und Terroristen nach Deutschland. Die Morde vom Berliner Breitscheidplatz, von Kandel und Freiburg seien als hier extreme Beispiele genannt. Vergewaltigungen und andere Gewalttaten durch angeblich Schutzsuchende lassen viele zu Recht an der Sicherheit im Lande zweifeln.

Keine weiteren Flüchtlinge nach Lübeck

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Lübeck alle rechtlich zulässigen Mittel ausschöpft, um die Zuweisung weiterer Flüchtlinge nach Lübeck zu verhindern. Beispiele wie Salzgitter, Cloppenburg, Freiberg und Cottbus zeigen, dass dies möglich ist.

Finanzielle Anreize einschränken

Asylbewerbern soll die rechtlich gebotene Mindestversorgung gewährt werden. Mehr nicht. Wirklich Schutzsuchende werden es dankbar annehmen, Glücksrittern oder beutesuchenden Kriminellen sollen keine Anreize gegeben werden, nach Lübeck zu kommen oder in Lübeck zu bleiben.

Altersfeststellungen bei jugendlichen Flüchtlingen

Unbegleitete Jugendliche kosten über 50.000€ im Jahr! Wir möchten, dass sie genauso wie einheimische Jugendliche behandelt werden und in die Obhut ihrer Eltern zurückgebracht werden. Sie werden als „Ankerkinder“ missbraucht, damit ihre Eltern nachziehen dürfen. Wir setzen uns für eine umfassende und rechtssichere Altersfeststellung bei jugendlichen Flüchtlingen durch die städtischen Behörden ein.

Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften

Die Versorgung von Schutzsuchenden darf nicht zulasten von uns Deutschen gehen. Gerade sozial schwache Deutsche sollen nicht mit Flüchtlingen um Wohnungen konkurrieren müssen. Wir fordern daher die durchgehende Unterbringung von Schutzsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften.

Abschiebungen schnell umsetzen

Personen ohne Schutzgrund sind zügig abzuschicken. Die Betreuung von Schutzsuchenden hat immer die Rückkehr in die angestammte Heimat nach Wegfall der Gefahr oder den Wechsel in kulturverwandte Nachbarstaaten der ursprünglichen Heimat im Blick zu behalten.

Asyllobby einschränken

Asylrecht und Flüchtlingsschutz sind auf Zeit angelegt. Sie dürfen nicht als Hintertür zu dauerhafter Masseneinwanderung missbraucht werden. Wir lehnen pauschale und undifferenzierte Integrationsmaßnahmen ebenso ab, wie die Zusammenarbeit mit Personen, Verbänden und Organisationen, die diesem Missbrauch Vorschub leisten.

Polizei und Behörden den Rücken stärken

Wir sind allen Verwaltungs- und Justizbediensteten, Polizisten, Richtern und Lehrern dankbar, die sich bei ihrem Dienst an Recht und Gesetz ohne Ansehen der Person halten. Wir unterstützen sie nach Kräften gegen alle Anfeindungen seitens Asylindustrie, Migrantlobby, Altparteien und Medien. Wir fordern von Politik und Behördenleitungen die volle Erfüllung ihrer Fürsorgepflichten gegenüber ihren Bediensteten.

Wo sind die Steuergelder gelandet?

Wir arbeiten die massenhafte Schleusung illegaler Migranten nach Skandinavien systematisch auf. Wir untersuchen den Umgang mit öffentlichen Geldern und Liegenschaften in dieser Zeit und fordern von den Verantwortlichen Rechenschaft.

Kein Islam-Unterricht an den Schulen

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Wir lehnen Aktionen islamistischer und salafistischer Vereine sowie Personen (z. B. Koran-Verteilaktionen) in Lübeck ab. Wir sprechen uns gegen Islam-Unterricht an Lübecker Schulen aus.

VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Eine gute Infrastruktur und die Mobilität der Bürger sind wesentlich für Wohlstand und Lebensqualität einer Stadt. Die bisherige Lübecker Verkehrspolitik wird diesem Anspruch nicht gerecht. Marode Brücken und Straßen, viele Staus und ein teurer und wenig effizienter Nahverkehr haben die Stadt an den Rand des Kollapses gebracht. Eine Verkehrspolitik mit Augenmaß und Sachverstand, ohne realitätsblinde Ideologie, ist das Gebot der Stunde.

Gute Verkehrspolitik denkt in langen Zeiträumen. Wir unterstützen die Erarbeitung eines langfristigen Verkehrsentwicklungsplans. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Planung künftig laufend geprüft und den Erfordernissen entsprechend aktualisiert wird.

Alle Verkehrsmittel haben ihre Vor- und Nachteile. Dies muss eine Verkehrsplanung angemessen berücksichtigen. Eine sachlich nicht gebotene, ideologisch begründete Benachteiligung einzelner Verkehrsmittel, insbesondere des Autos, lehnen wir ab.

Baumaßnahmen sind möglichst schnell durchzuführen, um die Verkehrsbeeinträchtigung möglichst gering zu halten. Mit Dauerbaustellen wie z.B. der Possehl-Brücke ist niemandem gedient. Wir setzen uns dafür ein, aus Erfolgen und Fehlschlägen zu lernen und künftige Bauvorhaben besser abzuwickeln.

Radfahrerstadt Lübeck

Wir setzen uns ein für die Radfahrer durch den Ausbau und Erhalt des Radwegenetzes sowie die Schaffung von mehr Fahrradparkplätzen.“

Regeln im Straßenverkehr durchsetzen

Alle Verkehrsteilnehmer sind auf die Einhaltung der Verkehrsregeln angewiesen. Wir setzen uns daher ein für angemessene Kontrollen von Radfahrern, um angemessenes Fahrverhalten und verkehrstüchtige, insbesondere ausreichend beleuchtete Fahrräder sicherzustellen.

Verkehrsfluss steuern und Parkplätze schaffen

Wir setzen uns ein für Autofahrer durch die Schaffung von mehr Parkplätzen und verbesserten Ampelschaltungen.

ÖPNV stärken und attraktiver gestalten

Wir setzen uns ein für die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs durch verbesserte Taktung, preiswertere Leistungen und saubere, sichere Fahrzeuge und Haltestellen.

BILDUNG UND FAMILIE

Ehe und Familie sind die Keimzellen der Gesellschaft. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Die Aufgabe der Politik ist es, sie darin zu unterstützen und nicht, sie zu ersetzen oder zu bevormunden. Auch für die Kommunalpolitik hier in Lübeck gibt es auf diesem Gebiet viel zu tun.

Willkommenskultur für Kinder schaffen

Wir wollen eine Willkommenskultur für Kinder. Wir streben ein Willkommengeld für Kinder in Lübeck an. Damit möchten wir es Familien leichter machen, die ersten finanziellen Hürden zu nehmen.

Wahlfreiheit der Eltern stärken

Bei der Kinderbetreuung soll Wahlfreiheit für die Eltern gelten. Wir wollen ein gutes Angebot an Kindertagesstätten und Tagesmüttern, aber wir achten auch die Entscheidung für die Betreuung in der eigenen Familie. Auch diese verdient unsere volle Unterstützung.

Alleinerziehende wertschätzen und unterstützen

Wertschätzung für Familien ist keine Geringschätzung für Alleinerziehende. Wenn ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung.

KITA beitragsfrei, Schließtage koordinieren

Kindergärten sollen wohnortnah, gut ausgestattet und bezahlbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass mindestens das letzte KiTa-Jahr beitragsfrei wird. Schließtage müssen reduziert und koordiniert werden.

Kindererziehung ideologiefrei gestalten

Kinder sollen Kinder sein dürfen. Wir wollen nicht, dass sie verunsichert und verstört werden. Daher lehnen wir die Indoktrination und Frühsexualisierung von Kindern ab.

Kurze und sichere Schulwege schaffen

Kurze Beine, kurze Wege! Schulen, insbesondere Grundschulen, müssen in der Nähe von Wohngebieten erhalten bleiben. Wir wollen kurze und sichere Schulwege in Lübeck.

Mobbing und Gewalt an den Schulen nicht tolerieren

Unsere Schulen sollen modern, einladend und sauber sein. Ausstattung und Infrastruktur müssen auf Vordermann gebracht und gehalten werden. Vandalismus, Mobbing und Gewalt sind in den Schulen nicht zu tolerieren. Wir unterstützen die Schulen dabei, mögliche Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Schulverweis auszuschöpfen.

Förderschulen ausbauen und stärken

Keine Inklusion um jeden Preis. Wir setzen uns dafür ein, Förderschulen für lernbehinderte, lernauffällige und geistig behinderte Kinder zu erhalten und diese Kinder nicht in die Regelschulen zu integrieren.

KUNST UND KULTUR

Ein reiches künstlerisches und kulturelles Angebot ist ein wesentlicher Bestandteil städtischer Lebensqualität. Lübeck zeichnet sich durch ein vielfältiges kulturelles Leben aus, das es zu erhalten und auszubauen gilt.

Theater Lübeck erhalten

Wir wollen das Theater Lübeck in seiner jetzigen Form erhalten. Die staatliche Förderung des Theaters Lübeck soll nicht die Entwicklung der privaten Theaterlandschaft behindern.

Bibliotheken ausbauen und stärken

Wir möchten die bestehenden Standorte und Angebote der städtischen Bibliotheken erhalten und ausbauen.

Kunst und Kultur bürgernah gestalten

Wir wollen einen städtischen Ideenwettbewerb durchführen zur Frage, wie Kunst und Kultur Bürgern nähergebracht werden können, die herkömmliche Angebote nicht wahrnehmen.

Die Innenstadt als freie Bühne

Wir möchten versuchsweise eine Künstlerbühne an einem zentralen öffentlichen Platz in der Altstadt einrichten, um dort örtlichen und auswärtigen Künstlern eine Gelegenheit für Auftritte zu bieten. Das könnte die Anziehungskraft der Altstadt erhöhen.

Keine weiteren Bausünden in der Altstadt

Wir setzen uns dafür ein, weitere architektonische Bausünden in der Lübecker Innenstadt zu verhindern.

BÜRGERNAHE VERWALTUNG - AUCH DANK DIGITALISIERUNG

Privatpersonen und Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass die Verwaltung in Lübeck effizient arbeitet. Unser Anspruch geht aber noch weiter: Wir wollen, dass sich die Verwaltung an den Bedürfnissen der Bürger orientiert.

Bürgerbeteiligung schon in der Planung

Wir setzen uns für eine Bürgerbeteiligung ein. Auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen, ist das wichtigste Ziel bürgernaher Verwaltung. Daher ist die Bürgerbeteiligung untrennbarer Bestandteil der bürgernahen Verwaltung. Gerade bei größeren Planungsprozessen kommt es darauf an, frühzeitig Transparenz zu schaffen und die Wünsche und Sorgen der Bürger ernst zu nehmen.

Das mobile Bürgerbüro kommt zu Ihnen

Wir setzen uns für die Einführung eines mobilen Bürgerbüros ein. Jeder soll die Möglichkeit haben, seine Anliegen an die Stadt heranzutragen. Und wenn Sie nicht zum Rathaus kommen können, kommt das Rathaus zu Ihnen. Dort können sie zu festen Zeiten mit Hilfe erfahrener Mitarbeiter alle Vorhaben erledigen, egal ob KfZ-Zulassung, Termine fürs Standesamt, Einwohner an- oder abmelden usw.

Informationen in deutscher Sprache, online und barrierefrei

Wir setzen uns ein, dass behördliche Schreiben und Informationen für jeden verständlich ausschließlich in deutscher Sprache formuliert sind. Wir setzen uns ein für Online-Angebote 24 Stunden am Tag. Die Inhalte dieses Online-Angebots sollen barrierefrei vorgehalten werden.

Unterstützung bei der Existenzgründung

Wir setzen uns ein für ein Dienstleistungsportal für Existenzgründer aus dem In- und Ausland. Sie erfahren dort rund um die Uhr, welche Voraussetzungen Sie für Ihre Tätigkeit erfüllen und welche Verfahrensschritte Sie durchlaufen müssen.

Vorschläge und Beschwerden - Bürger ernst nehmen

Wir setzen uns ein für einen Vorschlags- und Beschwerdeservice. Ihre Anliegen werden zentral gebündelt und der zuständigen Stelle zugeordnet. Unser Ziel: Sie erhalten innerhalb kurzer Frist eine Antwort.

SIE WOLLEN MITMACHEN?

Auch Sie können Teil der jüngsten und erfolgreichsten Partei Deutschlands werden: Machen Sie mit bei der Zukunftsgestaltung unseres Landes!

Seit Bestehen der AfD ist Politik nicht mehr nur das, was die etablierten Parteien sagen. Sondern auch Ausdruck mündiger, kritischer Bürger, die ihr Land lieben und selbstbestimmt in Frieden und Freiheit in einem Europa der Vaterländer leben wollen. Werden Sie Teil dieser Erfolgsgeschichte – es gibt viel zu tun!

Die AfD ist die Mitmachpartei Deutschlands. Wo Ihr Wille ist, ist auch ein Weg: In keiner anderen Partei haben die Mitglieder mehr Mitsprache, Meinungsfreiheit und Mitwirkungsmöglichkeiten. In den Orts-, Kreis- und Landesverbänden, auf Mitgliederparteitagen auf allen Ebenen und in den zahlreichen Gliederungen, Gremien und Arbeitskreisen.

Wir sind offen für Worte und Widerworte, für kluge Ideen und kreatives Engagement, für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für Nordlichter und Süddeutsche, für Vegetarier und Fleischfreunde ... aber nicht für Quoten, Diskriminierungen und Demokratiefeinde!

Sind Sie so weit, mit uns zu gehen? Dann machen Sie den ersten Schritt. Beantragen Sie ihre Mitgliedschaft in der Alternative für Deutschland. Laden Sie den für Sie relevanten Antrag herunter und füllen Sie ihn aus. Oder fordern Sie einen Antrag per E-Mail, telefonisch oder per Onlineformular bei der Bundes- oder Landesgeschäftsstelle an.

Kontakt: info@afd-luebeck.de oder info@alternativ fuer.de

V.i.S.d.P.
Alternative für Deutschland - AfD Lübeck
Postfach 108189
23530 Lübeck
Mail: info@afd-luebeck.de
Facebook:
<https://www.facebook.com/afd.luebeck/>

